

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921**

2.4.1921 (No. 76)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlstr. 14  
Zentralsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Verlagsamt:  
Karlsruhe  
Nr. 3515.

Verantwortlich:  
Hauptredakteur:  
C. U. M. e. n. d.  
Druck  
und Verlag:  
G. Braunsche  
Hofbuch-  
druckerei, beide  
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18 M. — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühren: die Zeile gewöhnliche Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und  
sonstige Beiträge und Korrekturen fallen der Redaktion fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder  
in denen unserer Lieferanten hat der Anzeiger keine Verantwortung. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.  
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

### Amtlicher Teil.

#### Die Freilassung der amerikanischen Kriminalbeamten.

\*\* In der Angelegenheit des Eberbacher Überfalls wird mitgeteilt, daß der kommandierende General der amerikanischen Streitkräfte in Coblenz durch Vermittlung des Reichskommissars für die besetzten rheinischen Gebiete die Begnadigung der durch die Strafammer in Rosbach verurteilten beiden Kriminalbeamten Raef und Zimmer angeordnet hat.

Nach dem Benehmen mit dem Auswärtigen Amt in Berlin und nach Beratung im Badischen Staatsministerium hat der Staatspräsident in seiner Eigenschaft als Justizminister den Strafausschub auf Wohlverhalten verfügt, unter der Voraussetzung, daß das junge Mädchen, welches bei dem Überfall in Eberbach durch einen Schuß in die rechte Hand erheblich verletzt wurde, in angemessener Weise von amerikanischer Seite entschädigt wird, und daß die beiden Deutsch-Amerikaner Bergdoll und Stecher im unbesetzten deutschen Gebiet in jeder Beziehung unbehelligt bleiben. Die Freilassung der verurteilten amerikanischen Kriminalbeamten erfolgt im Laufe des heutigen Tages.

Die Freilassung von Strafausschub ist als ein Akt des Entgegenkommens gegenüber Amerika aufzufassen. Die Ministerialabteilung für auswärtige Angelegenheiten im Staatsministerium hatte seinerzeit auch, um den beiden amerikanischen Angeklagten eine ausreichende Verteidigung zu sichern, die Bestellung eines Verteidigers in der Person des Rechtsanwalts Dr. Schrag vermittelt, der infolge seiner Kenntnis der englischen Sprache in der Lage war, ihre Interessen in jeder Weise wahrzunehmen.

#### Die Wahlen zur Badischen Landwirtschaftskammer.

\*\* Die Neuwahlen zur Badischen Landwirtschaftskammer finden im Mai 1921 statt, und zwar die Wahlen der 38 Vertreter der Unternehmer und ihnen gleichgestellten Personen am Sonntag, den 22. Mai und jene der 8 Vertreter der Arbeitnehmer am Sonntag, den 29. Mai.

#### \* Kommunistenputsch und Einwohnerwehr.

Es war voraussehen, daß man in Bayern den kommunistischen Putsch als ein Argument für die Nichtigkeit des in der Einwohnerwehrfrage eingeommenen Standpunktes verwerten würde. Solches war voraussehen, nicht etwa, weil dieses Argument zutreffend wäre, und von sich aus zu logischer Beweisführung einlädt, sondern, weil es zu jenen Scheinargumenten gehört, die sich gerne mißbrauchen lassen und in der Hand von einseitigen und blinden Politikern einer ebenso einseitigen und blinden Bevölkerung gegenüber propagandistisch vortrefflich ausgeschlachtet werden können.

Für die Presse der bayerischen Regierungskoalition war es ja sicher ein Leichtes, zu sagen: „Seht einmal, wie recht wir mit unserer Einwohnerwehrpolitik hatten. Bei uns in Bayern sind offenkundige Gewalttätigkeiten ausgeblieben, und hätte man allenthalben Einwohnerwehren gehabt, so hätte sich das kommunistische Verbrechertum überhaupt nicht herausgewagt.“

Solche Behauptungen sind, wie gesagt, leicht aufzustellen und werden von denen gerne geglaubt, die ohnehin ein Interesse an der Erhaltung der Einwohnerwehr haben. Und doch stehen sie auf schwankenden Füßen, ja, sie sind im wesentlichen geradezu falsch.

Was zunächst das Verhalten der Kommunisten in Bayern anlangt, so braucht der Mangel an gewalttätigen Aktionen noch keineswegs auf die Furcht vor der Einwohnerwehr zurückgeführt zu werden. Die Erfahrungen, die der Kommunismus in der Tag der Zusammenbrüche der Münchener Rätekönigreich gemacht hat, könnten allein genügt haben, um den bayerischen Kommunisten etwas Zurückhaltung zu empfehlen. Möglich ist aber auch, daß die bayerischen Kommunisten den Zeitpunkt zum Losschlagen für noch nicht gekommen erachteten und ihre Kräfte lieber aufsparen wollten.

Nun aber zur Hauptsache! Wir sind der Meinung, daß wenn es einmal zu einem kommunistischen Aufbruch in Bayern kommen sollte, dieser Aufbruch viel blutiger und gefährlicher verlaufen wird, als anderswo, gerade, weil die Einwohnerwehr besteht. Die bayerische Einwohnerwehr gilt nun einmal in den Kreisen der gesamten Arbeiterschaft als ein Werkzeug der offenen oder versteckten Reaktion. Inwiefern diese Auffassung richtig ist, soll hier gar nicht untersucht werden. Diese Gefühle der Abneigung würden ganz sicherlich dazu füh-

ren, daß bei einer Kraftprobe viele Arbeiter mit den Kommunisten zusammengehen, die sonst, wie das ja auch die Vorgänge im Reich bewiesen haben, der Sache fern geblieben wären.

Von vornherein wäre jedenfalls eine Leidenschaftlichkeit und Erbitterung gegeben gewesen, die zweifellos auch innerhalb der Einwohnerwehr beklagenswerte Opfer gefordert hätte. Es ist eben etwas grundsätzlich anderes, ob ein Aufbruch, der doch nach dem Willen seiner Einseitiger nach außen hin als ein Kampf um die politische Macht gelten soll, von den gesetzlichen Behörden, d. h. von der Polizei niedergeschlagen wird, oder ob diese Niederlegung von Kreisen der Bevölkerung ausgeht, die nach Ansicht der Arbeiterschaft arbeitserföndlich sind und parteipolitisch sehr entgegengesetzte, auf die Wahrung der eigenen wirtschaftlichen Interessen zurechtgeschchnittene Ziele verfolgen. Man hat ja auch in Mitteldeutschland absichtlich mit der Einsetzung der Reichswehr bis zum Äußersten gewartet, weil man sich sehr wohl der Abneigung bewußt war, die bei der Arbeiterschaft nun einmal noch der Reichswehr gegenüber besteht.

Es war klug von der preussischen Regierung, den Kampf gegen die kommunistischen Aufbrüher von vornherein als eine Polizeiaktion abzustempeln, das heißt als eine Aktion, die mit politischen Fragen gar nichts zu tun hat, sondern lediglich die Bekämpfung ruhestörender und verbrecherischer Elemente bezweckt.

Und nun noch etwas Anderes! Wir haben alle gesehen, daß die Schutzpolizei — zumal, wenn sie von Teilen der Reichswehr unterstützt wurde, durchaus hingereicht hat, um den Aufbruch zu unterdrücken. Das heißt: die Ereignisse haben gezeigt, daß wir in der Tat gar keine Einwohnerwehr benötigen. Ob es angebracht wäre, mit der Entente über eine Erhöhung der uns bewilligten Stärke der Schutzpolizei in Unterhandlungen zu treten, ist eine andere Frage. Selbstverständlich würde ein noch stärkeres Aufgebot an Schutzpolizei die Aufgabe der Niederkämpfung eines Aufbruchs erleichtern und die Hilfe der Reichswehr ganz unnötig machen.

Jedenfalls haben wir festzuhalten, daß die Auffassung der Reichsregierung, daß wir ohne Einwohnerwehr auskommen und uns auf unsere Schutzpolizei verlassen können, durch die Ereignisse selbst als richtig bestätigt worden ist. Und wenn man das in Bayern nicht einsehzt, so will man es eben nicht einsehen. Die Reichsregierung wird sich natürlich daran nicht kehren dürfen und nach wie vor die Entwaffnung auch der bayerischen Einwohnerwehr kategorisch verlangen und durchzuführen müssen. Die Reise des der Deutschen Volkspartei angehörenden Reichsjustizministers Dr. Heinze nach München beweist uns, daß die Reichsregierung gewillt ist, ihre Politik unter allen Umständen durchzuführen. Die Reichsregierung ist im übrigen zu dieser Politik verträglich verpflichtet, und sie würde die Interessen des Reiches aufs Schwerste gefährden, wenn sie nicht alles daran setzen würde, daß das Abkommen von Spa auch erfüllt wird.

Schließlich dürfen wir noch das Eine nicht außer acht lassen: Verbrecherische Aktionen sind in Zeiten, wie den jetzigen, nie gänzlich zu vermeiden. Der Krieg und der Zusammenbruch hat eine derartige Verelendung und Verwilderung hinterlassen, daß es einer jahrelangen Arbeit und Fürsorge bedürfen wird, um den verwilderten Elementen der Bevölkerung die Lust an der Gewalttätigkeit auszutreiben. Darauf, daß irgendwo irgendwann ein verbrecherisches Unternehmen die öffentliche Sicherheit auf kurze Zeit beeinträchtigt, muß man eben gefaßt sein. Und wenn in Bayern die Mitglieder der gesamten Regierungskoalition, jeder Einzelne womöglich mit einem Maschinengewehr und 12 Handgranaten bewaffnet, umherziehen würden, könnte es doch vorkommen, daß ein paar Verbrecher, die durch russisches Geld bestochen sind, einen Akt der Gewalttätigkeit begehen.

Auf die Dauer versprechen wir uns viel mehr von einer Politik der Ruhe und der Aufklärung, der Gerechtigkeit und der Besonnenheit. Scharfmachereien pflegen stets Gegenbewegungen auszulösen. Die Kerben unseres Volkes sind eben noch, namentlich in den untersten Schichten, denen es ja im Kriege besonders schlecht gegangen ist, noch lange nicht gefund und erfordern deshalb eine wohlüberlegte Behandlung. Daß diese Behandlungsmethode sich von aller Schwäche freihalten muß, ist klar. Schwäche würde genau so aufreizend

wirken, wie Scharfmacherei. Der richtige Weg liegt in der Mitte.

Und wir haben die Empfindung, daß dieser Weg diesmal bei der Unterdrückung des kommunistischen Aufbruchs im Großen und Ganzen nicht verlassen worden ist. Eine Erhöhung der Leidenschaften ist im wesentlichen vermieden worden. Gleichzeitig aber hat der neue Staat der Opposition von links und dem zu parteipolitischen Zwecken mißbrauchten Verbrechertum deutlich gezeigt, daß er nicht mit sich spaßen läßt und durchaus die Machtmittel in der Hand hat, um einen Aufbruch zu unterdrücken und die Schuldigen der Bestrafung zuzuführen.

#### Für oder gegen Dr. Rudolf Steiner.

Unter dieser Überschrift wird der „Reichs-Korrespondenz Nord-Süd“ von ihrem Stuttgarter Mitarbeiter geschrieben:

„Dr. Rudolf Steiner der viergewandelte und gewandte hat seit den Novembertagen 1918 Württemberg und Stuttgart besonders als Standort seiner Tätigkeit aussersehen. Von hier aus hat er seinem „Bund für Dreigliederung des sozialen Organismus“ gegründet und seinen ersten Aufruf erlassen, denen so viele ungläubige und ehrlich wollenden Menschen zum Opfer fielen. Hier hat er auch seine gewaltige, mit großen finanziellen Mitteln unterstützte Agitation entfaltet, die schon so mancherlei Stadien durchlief. In den aufgeregten Zeiten der revolutionären Monate versuchte Steiner und sein Anhang mit politischen Mitteln zum Ziele zu gelangen. Er sprach in großen Arbeiterversammlungen einzelner Großbetriebe und bediente sich dabei so radikaler Phrasen, daß die Unabhängigen daran ihre helle Freude hatten. Zu Hilfe kam ihm dabei die unglaubliche Verschwoemtheit und Unübersichtlichkeit seiner Gedankenführung, die stark mystische Verbrämung, die dem Gefühlsbedürfnis einer sehnfüchtigen Masse entgegenkam und die ausgeprägte Antifastlichkeit seiner Ziele. So verstand er es, eine Zeitlang in den Massenschichten der Revolutionäre eine solche Stimmung für sich zu erzeugen, daß er glaubte, sogar mit dem Anspruch auf Übertragung eines Ministerpostens für das Kirchen- und Schulwesen hervortreten zu können.“

Diese Bewegung flaute aber bald ab und Steiner wendete sich wieder mehr seiner geistesgeschichtlich-antroposophischen Arbeit zu. Er begründete eine Schule — Waldorfschule — die im Geiste und nach den Grundföhen seines Buches von den „Kernpunkten der sozialen Frage“ ausgezogen und geleitet wird. Mit einer Wochenchrift treibt er daneben eine große Propaganda u. eine laute Plakat- u. Versammlungsreklame suchte den Boden für diese Sache zu bereiten. Die Schichtung der Anhänger hat sich wesentlich geändert, von Arbeiterschaft ist nicht mehr viel dabei, dagegen findet er in Kreisen der Intellektuellen, teilweise auch der Unternehmer und vor allem dem breiten Heer der unruhig suchenden Zeitgenossen aller Stände einen starken Anhang. Er versteht es auch mit geradem raffiniertem Geschicklichkeit, sich die Tagesstimmung zu Ruhe zu machen und im Trüben dieser Stimmung zu fischen. Los vom Staat, der überlebt ist und das Sehnen der Menschen nicht befriedigen kann! Los von ihm im Bildungswesen, in der Wirtschaft und im Recht. Er konstruiert ein kühnes Gesellschaftsgebilde, das den heimat- und freudlos gewordenen Menschen schmeichelt und ihrem Sehnen ein lodendes, leuchtendes Ziel in Aussicht stellt, in dem aller Streit der Klassen, der Massen, der Nationen und Konfessionen seine Harmonie finden soll. Gemessen an diesem Ideal ist alles, was sonst versucht wird, lächerliches Stelwerk: Demokratie, Betriebsräte, Sozialisierung, Versailles, Brüssel, London, alles muß verblasen, und die Sendboten Steiners holen sich aus ihrem Reich der Phantasie das Recht, alles und alle, was nicht zu Steiner gehört, mit einer Überheblichkeit abzutun, die ihresgleichen sucht.

Rudolf Steiner gebietet dem „Kommenden Tag“, an dem alle Not ein Ende haben wird. Er gründet mit einigen Getreuen und ihrem Geld die Gesellschaft „Der kommende Tag“ mit einem Aktienkapital von zunächst 10 Millionen. Damit wird allerlei umgetrieben, eine Schleifmühlensfabrik, eine Kranfenspenion, eine Getreide- und Sägemühle, ein landwirtschaftliches Gut, eine Nährmittelfabrik usw. Besitzer aller dieser Unternehmungen ist die Gesellschaft. Die Betriebsleiter sind nur Angestellte, allerdings mit weitestgehenden Selbständigkeiten in der wirtschaftlich-technischen Auswertung ihrer Betriebe. Die Arbeiter stehen nach wie vor in einem privatwirtschaftlichen Arbeitsverhältnis. Der Meinertrag fließt der Gesellschaft zu. Allerdings nicht um dann den Aktionären als Dividende zugeführt zu werden, sondern

um als Betriebskapital für ein geisteswissenschaftliches Forschungsinstitut und für eine große literarische Propaganda im Sinne der Dreigliederung des sozialen Organismus zu dienen. Zu diesem Ende ist das Aktienkapital auf 25 Millionen erhöht worden. Dabei hat man sich insofern gebüht, als 1000 Vorzugsaktien, die in festen Händen von zuverlässigen Steinereuten sind, mit einem Besonderen Stimmrecht ausgestattet, um immer die Mehrheit zu haben in der Beschlussfassung über den Meinertrag.

So ganz nebenbei hat man auch dem kranken Staat ein Schnippchen geschlagen. Neben den Überschuldungen der Staat seine Steuern holen könnte, stehen die Zuschüsse, die der Staat für die anderen verbraucht. Der Steuerbehörde gegenüber steht alles als zusammengehörige Einheit da, mit dem offen ausgesprochenen Zweck, dem Staat, so gut es geht, Steuern vorzuenthalten. Die „soziale Frage“ bildet sich Herr Steiner ein damit gelöst zu haben, daß er den Arbeitern sagen kann, ihr arbeitet nicht für irgend einen herzlosen Kapitalisten, sondern für eine geistige Bewegung, der der Ertrag eurer Arbeit zuschließt. Man will, nachdem es anders nicht gelungen ist, den Staat von dieser Seite her aushöhlen, ein immer breiteres und mannigfaltigeres Wirtschaftsfundament schaffen, das den Nährboden bilden soll für Einrichtungen, mit denen auch alle sonstigen Bedürfnisse der Menschen aus sonder, eigener Initiative heraus befriedigt werden können. Der Staat soll auf diese Weise überflüssig werden und in diesem Zusammenhang hat auch durchaus herein, daß die Steinereute der Abstimmung in Oberschlesien zum mindesten gleichgültig gegenüberstanden. In ihrer Vorstellungswelt gehört der nationale Staat zu den überlebenden Dingen, für die sich aufzuregen oder gar zu kämpfen keinen Sinn hat.

So ist — scharf und knapp umrissen — der augenblickliche Stand der Bewegung Steiners. Nun melden sich aber allmählich erfreulicherweise auch starke Gegenkräfte. Zunächst kommen sie von kirchlich-religiöser Seite und mit wissenschaftlichem und theologischem Rückzug, jetzt greift ein ehemaliger Offizier, General v. Gleich, von allgemeineren, auch staatspolitischen Gesichtspunkten aus, Steiner scharf an. Gleich hat eine Streitschrift gegen Steiner erlassen und in öffentlicher Versammlung in seinem Wohnort Ludwigsburg ihm den Fehdehandschuh hingeworfen. Demnach will er im größten Saale Stuttgarts dasselbe tun. Württemberg ist es sich und dem Reiche schuldig, so wie es Steiner unbegreiflicherweise in erheblichen Teilen seines Volkes die Steigbügel hielt, nun auch die Gegenbewegung in die Wege zu leiten. Aber es ist nicht nur eine schwäbische Angelegenheit, wie es nicht nur eine religiöse Sache ist, einer so groß angelegten und so raffiniert ausgeklügelten Bewegung noch rechtzeitig zu begegnen, ehe sie das Unglück anrichten kann, das sie unbedingt anrichten muß, nämlich neue, tiefe Enttäuschungen und neue schwere Erschütterungen in unserem deutschen Volksleben hervorzurufen. Für die denkenden Zeitgenossen ist es Pflicht in dieser Sache Stellung zu nehmen. Für oder gegen Steiner, heißt zugleich für oder gegen den Staat.

## Badischer Eisenbahnrat.

P.A. Am 22. März fand, wie schon kurz gemeldet, im Gebäude der Eisenbahn-Generaldirektion unter dem Vorsitz des Präsidenten derselben die 71. Sitzung des Badischen Eisenbahnrats statt mit folgender Tagesordnung:

1. Mitteilung der Eisenbahn-Generaldirektion über a) die Erhöhung der Personen-, Gepäc-, Gepäc- und Militärtarife, b) die Erhöhung der Güter- und Tiertarife, Bahnhofsfachfrachten, Nebengebühren, c) die Erhöhung der Gleisanschlussgebühren, d) über eine allgemeine Steigerung der Lagerplatz- und Hallenmieten.

## Der Karlsruher Maler A. Rumm

stellt zurzeit im Kunstgewerbehaus Gerber & Schawinsky in der Kaiserstraße eine Reihe von Arbeiten aus. Es sind fast ausschließlich Ölgemälde. Daß Rumm unser Interesse verdient, beweist uns auch diese neue Kollektion. Er gehört zu den wirklich talentierten Malern unserer Stadt und besitzt Ursprünglichkeit genug, um in seiner eigenen Sprache zu uns sprechen zu können. Mag auch hier u. da ein gewisses Hasten nach Effekt, eine gewisse kompositorische Flüchtigkeit und materielle Oberflächlichkeit hören, mag auch gelegentlich der Ausdruck des Affekts zur Affektiertheit erstarrt sein, so finden sich daneben doch mehr beachtenswerte Vorzüge, als da sind: eine feine Begabung für den Reiz der Linie, die bei Rumm immer ein starkes, sinnliches Leben atmet, ein gut geschulter Sinn für farbige Wirkungen und eine nicht zu unterschätzende Kraft in der malerischen Darstellung von Charaktertypen. Seine Technik ist noch nicht bis zur harmonischen Geschlossenheit gediehen; doch zeigt sie uns deutlich den Willen zur eigenen Art und eine nicht unympathische Vorliebe für klägliche Behandlung. So ist der Eindruck der Bilder, die stilistisch in der Hauptsache als sehr gemäßigter Expressionismus zu bezeichnen sind, recht einladend. Manche Stücke können dem Geschmack des Publikums weit entgegen und werden sonach sicherlich ihre Abnehmer finden.

In denselben Räumen sind auch noch andere Maler vertreten. Sehr angenehm aufgefallen ist mir ein Ölgemälde von Edwin Pfefferle, das eine Gruppe badender Frauen zeigt, die der Maler ganz vortrefflich in die Landschaft hinein komponiert hat; auch die Behandlung der Farbe zeugt von einer Sicherheit des Könnens, die Anerkennung beanspruchen darf.

## Buchkritik.

„Das Schlemmer-Paradies.“

Ein Minister in Deutschland hat unlängst das Wort ausgesprochen, daß Schlemmen und Schiebern energisch zu Leibe gerückt werden müsse. Weisfall bis in die letzte Hütte Deutschlands! Und dennoch, Weisfall auch diesem (bei Kösl & Co. München, erscheinenden) „Schlemmer-Paradies“ von

2. Mitteilung der Eisenbahn-Generaldirektion über die deutsch-französischen Grenzbahnhöfe, insbesondere über den Kehler Hafen.

3. Beratung des Sommerfahrplans 1921. Sowohl von dem Vertreter des Badischen Finanzministeriums als dem Vertreter der badischen Landesinteressen in Eisenbahnangelegenheiten, als auch von verschiedenen Mitgliedern des Eisenbahnrates wurde lebhafter Widerspruch dagegen erhoben, daß der Badische Eisenbahnrat nicht vor der Beschlussfassung über die einschneidenden Tarifserhöhungen zur Sache gehört worden sei und jetzt vor vollendete Tatsachen gestellt werde.

Von der Eisenbahn-Generaldirektion wurde darauf hingewiesen, daß der unmittelbare Anstoß zu den Tarifserhöhungen durch eine Entschließung eines vom Reichstag eingesetzten Sachverständigen-Beirats gegeben worden sei, veranlaßt durch das bekannte Milliardenbudget der Reichseisenbahnen. In der Folge habe die ständige Tarifkommission der deutschen Eisenbahnen im Zusammenarbeiten mit dem ihr beigeordneten Ausschuß der Verkehrsinteressen im Auftrag des Reichsverkehrsministers Vorschläge für entsprechende Tarifserhöhungen ausgearbeitet, die zusammen eine Mehreinnahme von 9–10 Milliarden Mark jährlich bringen sollten. Dann seien die Vorschläge durch einen als vorläufigen Reichseisenbahnrat geltenden, besonders gebildeten Ausschuß von Vertretern der Erzeuger- und Verbraucherseite begutachtet worden. Die umfangreichen Vorarbeiten hätten erst kurz vor der Sitzung des vorläufigen Reichseisenbahnrates am 15. Februar d. J. abgeschlossen werden können und einige Tage nach jener Sitzung sei die Durchführung der Tarifserhöhungen durch den Reichsverkehrsminister angeordnet worden. Bei dieser Sachlage habe von der Eisenbahn-Generaldirektion nur der Weg gemahnt werden können, dem Eisenbahnrat nachträglich davon Mitteilung zu machen. Änderungen an den beschlossenen Tarifmaßnahmen seien nicht mehr möglich, jedoch würden die heute vorgebrachten Wünsche weitergegeben werden.

Darauf wurde von der Versammlung einstimmig folgende Entschließung gefaßt:

Der Badische Eisenbahnrat erhebt den schärfsten Protest dagegen, daß ihm nicht so rechtzeitig Gelegenheit gegeben wurde, sich zu den geplanten Tarifserhöhungen zu äußern, daß eine nachhaltige Vertretung der badischen Wirtschaftsinteressen noch ermöglicht wurde. Er erwartet und muß beantragen, daß in Zukunft die geplanten Veränderungen ihm mit allen Einzelangaben vor den Sitzungen der zentralen Beiräte zur Kenntnis gebracht, und daß seine Anträge gebührend berücksichtigt werden. Nachdem diesmal eine rechtzeitige Stellungnahme wegen der zu späten Einberufung nicht möglich war, gibt er der Erwartung Ausdruck, daß den heute gemachten Einzelanträgen und Anregungen Rechnung getragen wird. Der Eisenbahnrat erwartet, daß das Reichsverkehrsministerium über die Bildung der verfassungsgemäß vorgesehenen Eisenbahnräte die Unterlagen bekannt gibt, damit sie mit den Interessenten des Landes durchberaten werden können.

Im übrigen nahmen die Verhandlungen folgenden Verlauf: Zu 1 a) Zu den Erhöhungen im Personen-, Gepäc- und Militärtarife teilte die Eisenbahn-Generaldirektion mit, daß der Gepäc-, Gepäc- und Militärtarif am 1. April d. J., die Tarife über gewöhnliche Fahrkarten, Monatskarten, Schülerkarten, Wochenkarten und Arbeiterfahrkarten auf 1. Juni d. J. erhöht würden. Die Höhe der neuen Tarife wurde am Hand einer Denkschrift, ergänzt durch mündliche Erläuterungen, eingehend dargelegt. Aus der Versammlung wurden gegen die beschlossenen Erhöhungen, insbesondere in der 4. Klasse, sowie bei Wochenkarten, Monatskarten, Schüler- und Arbeiterkarten ernste Bedenken erhoben und Änderungsanträge gestellt.

Zu 1 b) Zu der Erhöhung der Frachten im Güter- und Tierverkehr, die am 1. April d. J. in Kraft tritt und über die dem Eisenbahnrat ebenfalls eine eingehende Denkschrift vorlag, wurde bekanntgegeben, daß dabei auf Schonung der minderwertigen Güter, insbesondere der Futtermittel und Düngemittel und anderer Massenrohstoffe, der hauptsächlich den Tarifklassen D und E angehörten, unter Berücksichtigung der Wünsche der Interessenten in weitgehendem Maße Rücksicht genommen sei. Aus diesem Grunde würden die Frachten für die Klasse E nur um 60 v. H., für die Klasse D um 80 v. H. erhöht, für die höheren Klassen steigend bis zu 85 v. H. Besonders schwierig sei es bei dem neuen Kohlentarif gewesen, einen den verschiedenen Interessen Rechnung tragenden Ausgleich zu finden; im Durchschnitt betrage die Tarifserhöhung für Kohlen 55–57 v. H. Bezüglich der Erhöhung der übrigen Ausnahmetarife wurde auf die darüber erlassene amtliche Bekanntmachung verwiesen. Weiter wurde die Aufhebung der

Begünstigung der Beförderung von Bier in Fässern mit Gütern- und Personenzügen bei Befahrung der Frachtgutfracht auf 1. Juni d. J. und die Befreiung der bisher nur in Baden bestehenden unentgeltlichen Prüfung und Abstempelung der bei Privatbräuereien hergestellten Frachtbrieve bekanntgegeben. Die Gebühr für die Beförderung von Gütern zwischen Hilfsstationen und den benachbarten Güterstationen wurde auf 3 M. für 100 Kilo erhöht. Wegen der vorliegenden Anträge auf Frachtabbittungen für Nahrungsmittel sei einheitliche Behandlung durch einen besonderen Unterausschuß der ständigen Tarifkommission bereits in Aussicht genommen.

Seitens des Vertreters des Finanzministeriums und von mehreren Mitgliedern des Eisenbahnrates wurden verschiedene Einzelwünsche vorgebracht, deren Prüfung und Befreiung der Eisenbahn-Generaldirektion zugewandt wurde. Von einer Seite wurde besonders die Höhe der Kohlenfrachten beanstandet.

Bezüglich der örtlichen Frachten, Bahnhofsfachfrachten, Überfuhrgebühren, Stellgebühren und dgl. wurde von der Eisenbahn-Generaldirektion mitgeteilt, daß deren Vereinheitlichung mit entsprechender Erhöhung auf 1. April d. J. nicht möglich gewesen sei, aber spätestens in 2–3 Monaten kommen werde. Von einer Seite sei deren vorläufige Erhöhung um 50 v. H. auf 1. April beantragt, eine Entschädigung darüber sei jedoch noch nicht getroffen.

Zu 1 c und d) Mit Rücksicht auf die Erhöhung der Selbstkosten, auf die Geldentwertung und den gestiegenen Wert der Mietgegenstände ist auch eine Erhöhung der Gebühren für Erstellung, Unterhaltung und Bedienung der Anschlussgleise und die Erhöhung der Mieten für Lagerplätze und Lagerhallen in Aussicht genommen. Die Eisenbahnverwaltung stellt bei Anschlussgleisen im allgemeinen die Anschlussweiche unentgeltlich, während alle übrigen Anlagen zu Lasten des Anschlussnehmers gehen. Für die Unterhaltung und Bedienung der Anschlussweiche sowie für die Unterhaltung der Anschlussgleise selbst werden feste Beträge erhoben. Die Anschlussgebühren für die Bedienung der Anschlussgleise werden nach den Selbstkosten neu festgesetzt.

Bezüglich der Lagerplätze und Lagerhallen ist eine Erhöhung der Mieten geboten, weil dieser bisher ausschließlich nach den Verkehrsinteressen ohne Berücksichtigung der Selbstkosten bemessen wurden. Rünftig müssen bei Festsetzung der Lagerplatzmieten außer den Grunderwerbskosten auch die Herstellungskosten der Bahnhöfe mit allen Nebenanlagen und die Vorteile der Lagerplatzhaber berücksichtigt werden, denen die Zufahrtsstraßen, Dohlen, und teilweise auch die Wasserleitungs- und Beleuchtungseinrichtungen des Bahnhofes zustatten kommen.

Zu 2. Ausgehend von Art. 7 (4) des Friedensvertrages werden der bisherige Entwicklungsstand der neuen Grenzbahnhöfe am Rhein, ihr derzeitiger Verkehr und ihre kommenden Verkehrsaufgaben sowie die beabsichtigte endgültige Ausgestaltung geschildert.

Die Bestimmungen des Friedensvertrages und seine Wirkungen auf die Entwicklung des Verkehrs im Kehler Rheinhafen wurden im einzelnen erörtert.

Zu 3. Vor der Beratung des Sommerfahrplans 1921 wurde von der Eisenbahn-Generaldirektion mitgeteilt, daß aus wirtschaftlichen Gründen künftig die Ausgabe eines ganzjährigen Fahrplans in Aussicht genommen sei, wie es bereits vor Kriegsausbruch geplant war.

Im Anschluß hieran wurden die im neuen Fahrplan ein tretenden Verbesserungen im Schnellzugverkehr von Baden nach Holland, den Rheinlanden, Berlin, Osnabrück, München usw. bekanntgegeben und darauf hingewiesen, daß nach Maßgabe der zur Zeit zur Verfügung stehenden Betriebsmittel auch im Personenverkehr zur Ausfüllung großer Zwischenpausen durch Einlegung weiterer Züge Verkehrsverbesserungen geplant seien.

Von der Versammlung wurden die wesentlichen Verbesserungen, die der neue Fahrplan bringen soll, dankbar anerkannt und hierauf noch eine Anzahl Einzelwünsche vorgebracht, deren Prüfung von der Eisenbahn-Generaldirektion zugesagt worden ist.

## Politische Neuigkeiten.

### Der Zusammenbruch der Kommunistenputsche.

Der Berliner Kommunistenführer Gilt ist seiner Verletzung erlegen. Die Reichsstelle beim Oberpräsidenten teilte gestern vormittag folgendes mit: Die Lage hat sich ganz wesentlich gebessert. Aus dem Regierungsbezirk Magdeburg liegen

Erfahrung und untergeordnetem Erlebnis. Und wenn auch dabei behauptet wird, daß die Menschen, geistig einander nicht verstehend, sich tödlich schlagen, um des Geistes willen, leiblich aber einander verstehen, und daß Schlemmen das Vollgefühl der Leiblichkeit sei, so ist doch dieses Vollgefühl nicht anders zu erreichen als auf Wegen, die der Geist vorherzeichnet hat und deren Erschließung ohne Geist nicht möglich ist. Hans W. Fißcher's höchst reizvoll ausgestattetes Buch ist ein unwiderlegliches, frohlich geschnittenendes Beispiel dafür. Und sei darum gepriesen als ein Fingerzeig, wie auch in den Tiefen und finsternen Tälern des Daseins dennoch und trotzdem die Erde und das Leben auf ihr Kostbarkeiten genug bietet, um Schlemmen zu können, ohne von dem Verdicht eines Ministers betroffen zu werden. Schlemmen heißt, den Schöpfer im Genuß der Schöpfung lieben. Und solches entzieht sich zum Glück der Kompetenz eines Ministeriums welcher Art auch immer. Bill Scheller.

Emil Gilt. Sein Anfang und sein Ende. Aufzeichnungen seiner Mutter Maria Ursula Gilt. (E. G. Beck-München 1918). In schwerer langwieriger Krankheit hat die greise, große Mutter des früh verstorbenen großen Dichters ihre Erinnerungen an den unsterblichen Sohn niedergeschrieben, ein Dokument von höchstem, unentbehrlichem Werte für alle Verehrer des großen deutschen Dichters, und das heißt wohl für alle. Alle Wahrheiten drängen sich auf: Die Mutter, die zwar einfache Frau in ärmlichen Verhältnissen, aber die Mutter, die ein Genie geboren hat, versteht das Genie in ihrem Kinde, schützt und verteidigt es gegen alle Welt, verliert keinen Augenblick den Glauben an seine echte Größe, vertraut zweifellos seinem Stern. Und ganz große Früchte reifen nur an ganz edlen Bäumen.

Geschichte Made kann wohl vorübergehend flüchtige Augen über innere Hohlheit wegtauschen. Aber das wahrhaft Große, das Unsterbliche, geht nur aus echter, innerster Größe hervor. Die reine, edle, gütige, so liebens- als bewundernswerte Persönlichkeit des Dichters leuchtet aus den Wätern, die man nur mit tiefer Ehrfurcht und Ehrgehrigkeit lesen kann, die mit blutendem Herzen geschrieben sind von mütterlicher, trauernder und doch stolzer Liebe, und die vom Herzen zum Herzen gehen. Ein rührendes Buch — mehr wie ein Buch — ein großes Erleben. D.

keine heuristische Nachrichten. Regierungsbezirk Wetzlar: Die Streifen, die um Eisleben und im Instrukal ausgeführt werden, haben ohne jeden Verlust für die Schutzpolizei ungefähr 130 Gefangene, 2 Maschinengewehre und ungefähr 80 Gewehre eingebracht. Die Aktion geht weiter voran. Die Bande, die gestern in Nauendorf, Köllin und Wetzlar aufgetreten ist, ist von der Schutzpolizei Halle auf Automobilen verfolgt worden. Infolge der Absperrung der anhaltisch-preussischen Grenze konnte sie sich dort nicht nach Anhalt zurückziehen und wird jetzt innerhalb der Provinz Sachsen weiter verfolgt. In Sangerhausen, Eisleben, Mansfeld und Bitterfeld herrscht Ruhe. Im Kreise Liebenwerda ist Reichswehr eingedrückt. Die Aktion ist im Fortgange.

Eine Höllemaschine wurde in der Paketabfertigungsstelle des Potsdamer Bahnhofs in Berlin entdeckt. Die Beamten nahmen einen Brandgeruch wahr, der aus einem zur Aufbereitung übergebenen Karton kam. Dieser Karton war an zwei Stellen durchgebrannt, aus denen eine Höllemaschine hervorsah. Man stellte fest, daß man es mit einer Höllemaschine zu tun hatte, die nicht zur Explosion gekommen war. Der Aufgeber hatte das große Paket mit 4000 M. und ein kleines Paket mit 10 000 M. versichert, zweifellos in der Absicht, einen Versicherungsbetrag auszuführen.

Auf der linken Rheinseite sind die streikenden Bergarbeiter auch gestern noch nicht eingetroffen. Nachdem die belgischen Besatzungstruppen die Kommunisten vom Schacht 6 der Zeche „Rheinpreußen“ vertrieben hatten, haben sie nach Abzug der Kruppen den Schacht von neuem besetzt. Die belgischen Besatzungstruppen erklärten, sich in die Angelegenheit nicht mehr einzumischen zu wollen. Auch die Zeche „Friedrich Heinrich“ ist in den Händen der Kommunisten.

In Nürnberg schlugen die Kommunisten Plakate an mit der Aufschrift: „Ein Bündnis Moskau-Berlin bringt Rettung.“ Die Polizei verhaftete 9 Kommunisten, darunter den Führer der kommunistischen Jugend.

Das Volksgericht München verurteilte den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Wendelin Thomas und den Vorsitzenden der kommunistischen Partei, Kressel, zu je zwei Jahren Gefängnis wegen Aufreizung zum Klassenkampf, Widerstand gegen die Regierung usw. Der dritte Angeklagte, der Oberrealist Walter Wagner, wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, unter Zuhilfenahme mildernder Umstände.

Nach einer Meldung aus Stuttgart wurden bei verhafteten württembergischen Kommunistenführern außerordentlich belastende Aufzeichnungen aufgefunden. In einer Werkstatt wurde ein Waffenlager von 1000 Gewehren entdeckt.

### Die Not des Zeitungsgewerbes.

Dem Vorhaben des Vereins Deutscher Zeitungsbereiter gegen die drohende Verteuerung des Zeitungspapiers haben sich nun auch die Geschäftsführer der sozialdemokratischen Presse angeschlossen. Sie veröffentlichen durch eine Korrespondenz folgende Rundgebung:

„Der am 31. März d. J. in Berlin versammelte Beirat der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Presse hat mit Genehmigung von der abermaligen ungeheuren Verteuerung des Zeitungspapiers vom 1. April d. J. ab Kenntnis genommen. Er ist der Auffassung, daß die Regierung unter völliger Verkennung der Aufgaben und der schwierigen Stellung des Zeitungsgewerbes in ganz unbedenklicher Weise durch diese Preissteigerung den Papierfabrikanten auf Kosten der Zeitungsbereiter und Inszenieren neuer Millionen zugeschanzt hat. Der Beirat spricht deshalb den von Zeitungsbereitervereinen in dieser Richtung am 30. März zu Hannover aufgestellten Forderungen seine volle Zustimmung aus und macht sich diese in jeder Form zu eigen. Der Beirat ist weiter der Ansicht, daß durch die horrenden Papierpreissteigerung ganz besonders die sozialdemokratische Presse bedroht wird, die die Bewirtschaftungsmaßnahmen der Regierung immer unterstützt hat. Er erwartet von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, daß diese in entsprechender Weise gegen die Preissteigerung Stellung nimmt und sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln verhindert.“

### Die österreichische Anschlussfrage.

Im österreichischen Ausschuss für Äußeres kam der Bundeskanzler auf die Kreditverhandlungen in London und Paris zu sprechen und teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß in Paris auch ein Gedankenanstreben über die Stellung Österreichs in der Anschlussfrage gepflogen worden sei. Sowohl in England wie in Frankreich sehe man die gegenwärtige Anschlussbewegung Österreichs für einen politischen Fehler an und verwies darauf, daß eine endgültige Entscheidung nicht bei Österreich, sondern bei der Entente und Berlin liege. Deutschland könne sich für lange Zeit nicht auf eine Aktion für den Anschluß Österreichs einlassen. Die Politik Europas verlange ein selbständiges und unabhängiges Österreich, dem man die Möglichkeit der Existenz gewährleisten müsse. Der Bundeskanzler betonte, daß die gegenwärtige Regierung von Anfang an ihre Aufgabe darin erblickt habe, den Wiederaufbau Österreichs vorzubereiten und wenn möglich durchzuführen. Ohne eine möglichst rasche Hilfe sei diese Aufgabe nicht zu lösen. Sollte diese Hilfe nicht ermöglicht werden, so müsse sich die Regierung an den Völkerverbund wenden. Der Völkerverbund habe aber gegenwärtig die Aufgabe erhalten, den Wiederaufbau Österreichs zu verhindern. Daher könne es der Regierung nicht erwünscht sein, wenn schon jetzt die Möglichkeit der Entscheidung des Völkerverbundes in der Anschlussfrage öffentlich erörtert werde, ehe die Entscheidung über die Hilfsaktion für den Wiederaufbau gefaßt sei.

### Das Abenteuer des Kaisers Karl.

Die ungarische Nationalversammlung forderte die Regierung auf, unverzüglich alle Schritte zu unternehmen, damit der Erzherzog aus dem Lande entfernt werde. Gestern wurde aus Wien am Anker berichtet, daß sich Karl immer noch dort aufhalte und die Äußerung getan habe, er möchte gern mit seiner Familie wenigstens solange in Ungarn verbleiben, als seine Anwesenheit nicht zu kriegerischen Vermittlungen Anlaß gibt. Politische Kreise erklären, daß diesem Wunsche nicht entsprochen werden könne, vielmehr alles geschehen müsse, um seine sofortige Entfernung durchzuführen, zumal auch die Entente mit größtem Nachdruck darauf besteht und die Regierung den Ententevertretern gegenüber erklärt, daß man den König als Eindringling betrachte.

Die Pariser Waffschafferkonferenz beschloß eine Erklärung, in der der Regierung und dem Volk in Ungarn ihre Erklärung vom 4. Februar 1920 in Erinnerung gerufen und darauf hingewiesen wird, daß die Wiedereinführung eines Habsburgers die Grundlage des Friedensvertrages in Gefahr bringe und eine solche Wiedereinführung von ihr weder anerkannt noch gebilligt werden könne. Die verbündeten Mächte rechnen damit, daß wirksame Gegenmaßnahmen ergriffen werden, um einem solchen Unternehmen Einhalt zu tun, dessen Ausweitung für Ungarn unheilvoll sein müßte.

## Kurze polit. Nachrichten.

Die Zollgrenze im Rheinland. Die Pariser Waffschafferkonferenz beschäftigte sich gestern mit der Frage der Errichtung einer Zollgrenze im Rheinland gemäß der Entscheidung der Londoner Konferenz. Die Waffschafferkonferenz hat den Oberkommissaren im Rheinland Tizard für Frankreich und Robertson für England den Auftrag gegeben, mit Sachverständigenvertretern von Italien und Belgien sich zu beraten unter Berücksichtigung der von einigen Staaten gemachten Einwände, und über die einzuschlagenden Maßnahmen Vorschläge zu unterbreiten.

Der freie Handel in Sowjet-Rußland. Ein Dekret, durch das der Rat der Volkskommissare den freien Handel mit Getreide, Kartoffeln und Ösen gestattet, ist in Moskau veröffentlicht worden. Alle Überwachungsinstitutionen im Lande werden aufgehoben. Gleichzeitig wird die Menge der freiwilligen Ablieferung von Produkten für das Jahr 1921 auf 240 Millionen Rubel statt 430 Millionen im Vorjahr festgesetzt. Auch werden dem obersten Wirtschaftsrat außer den bereits bemittelten 30 Milliarden Rubel noch 45 Milliarden zur Hebung der nationalisierten Industrie zugewiesen. Das Kommissariat für den Außenhandel macht bekannt, daß 28 000 Tons Fleisch zur Ausfuhr fertiggestellt sind.

Im englischen Kabinett hat sich gestern eine Reihe wichtiger Änderungen vollzogen. French ist nicht mehr Vizeminister von Irland, er wurde durch den katholischen Lord Talbot ersetzt. Der englische Handelsminister Robert Horne wurde zum Schatzkanzler ernannt. Sein Nachfolger wurde Stanley Baldwin. Die Ernennung Hornes zum Schatzkanzler hat allgemein überrascht, doch bringt ihm Lloyd George großes Vertrauen entgegen.

Der Bergarbeiterstreik in England. Die englischen Bergarbeiter haben in allen Bergwerken die Arbeit so gut wie eingestellt. Etwa eine Million Bergarbeiter vermehren das Heer der Arbeitslosen. Nur eine Anzahl von Pumpen- und Maschinenarbeitern sind bei der Arbeit geblieben, um das Erlaufen einiger Bergwerke zu verhindern. In Regierungskreisen herrscht optimistische Stimmung, da man glaubt, daß der Streik nicht lange dauern werde. Die Verhandlungen zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Schiffsbaubranche sind gescheitert. Es handelt sich auch hier um Lohnfragen.

## Badische Uebersicht.

### \* Badische Wochenrückblicke.

Die neuen Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge. Durch die Neuregelung der staatlichen Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge ist den im Ruhestand lebenden Beamten und den Beamtenhinterbliebenen eine schwere Sorgenlast von den Schultern genommen worden. Es ist begreiflich, daß die beteiligten Kreise, die vielfach ganz besonders unter der Last der Zeit zu leiden hatten, der Auszahlung der ihnen bewilligten Gehältnisse mit Ungeduld entgegensehen. Die Regierung hat diesem Umstand nach Möglichkeit Rechnung zu tragen gesucht; erfreulicherweise konnte denn auch im Laufe dieser Woche mitgeteilt werden, daß die Vorarbeiten zum Vollzug des Gesetzes vom 2. März d. J. soweit gefördert sind, daß mit der Nachzahlung der erhöhten Bezüge bereits begonnen worden ist. Es liegt jedoch in der Natur dieser Vorbereitungen, die sehr umfangreich, zum Teil schwierig und zeitraubend sind, daß es nicht möglich ist, die Auszahlungen im ganzen Lande gleichzeitig zu vollziehen; die Auszahlung muß notwendigerweise schrittweise, nach dem Fortgang der Ausrechnungen und Anweisungen, geschehen. Zur Vermeidung einer Zahlungsschuldung ist angeordnet worden, daß beim diesmaligen regelmäßigen Zahlungstag noch die alten Gehältnisse auszubehalten seien und daß unabhängig davon die Nachzahlungen für das abgelaufene Rechnungsjahr 1. April 1920/21 und das neue Rechnungsjahr für sich besonders erledigt werden.

Aus technischen Gründen war es auch geboten, von einer allgemeinen Vorzahlung oder Abschlagszahlung auf die neuen Bezüge abzusehen, da durch eine solche eine Verzögerung der endgültigen Regelung entstände, die Vorteile der Vorauszahlung also wieder aufgehoben würden. Wie bereits mitgeteilt wurde, hat die Regierung die in Betracht kommenden Stellen veranlaßt, alles aufzubieten, um die Auszahlungen so rasch wie möglich zum Abschluß zu bringen.

### Die Besserung der Milchversorgung.

Damit dem — von der badischen Regierung eifrig gefördernten — System der Milchlieferungsverträge hat sich die Milchlieferung der badischen Städte soweit gebessert, daß die Deckung des Rotstandsbedarfs, also der Bedarf an frischer Vollmilch für Kinder, hoffende und stillende Frauen und Kranke, zur Zeit mit über 40 Prozent vertraglich gesichert ist. In einigen der größten Bedarfsstädte, wie Mannheim und Heidelberg, beträgt der Prozentsatz bereits 76,9 bzw. 65,5. Erfreulicherweise werden fortlaufend weitere Milchlieferungsabslüsse getätigt. Näheres darüber ist übrigens in Nr. 72 der „Karlsruher Zeitung“ berichtet worden. Die dort gegebenen Einzelheiten zu wiederholen, würde im Rahmen dieser kurzen Rückblicke zu weit führen, doch möchten wir auch an dieser Stelle nochmals auf die Wichtigkeit dieses von vielen Städten mit so großem Erfolge eingeschlagenen Weges hinweisen und den Bedarfsgemeinden warm empfehlen, sich dem System der Lieferungsverträge anzuschließen.

### Die Elektrizitätsversorgung des Kreises Rosbach.

Im Franenland ist neuerdings ein Projekt herangereift, dessen Verwirklichung einen wichtigen Schritt auf dem Wege der systematischen Erschließung der Kraftquellen bedeutet, die in den Wasserläufen unseres Landes aufgespeichert sind. Es handelt sich um den Ausbau der Wasserkräfte der Hier bei Oberbach. Regierung und Kreisverretung, die dem projektierten Werk ein starkes Interesse entgegenbringen, veranstalteten kürzlich eine Ortsbesichtigung, bei der Oberingenieur Dr. Lubin interessante Angaben über die technischen und die finanziellen Einzelheiten des Planes machte. Danach soll unterhalb der Eszmühle bei Gaimühl ein 600 Meter langes, 60 bis 80 Meter breites Tagesausgleichsbecken geschaffen werden, das 60 000 Kubikmeter Wasser enthält. Ein 65 Meter hoher und 60 Meter breiter, am Fuße 15 Meter breiter, an der Krone 3 Meter breiter Damm wird zur Stauung der Wassermengen dienen. Von dort geht ein 3 Kilometer langer Kanal, durch den ein Abzugswasser von 29,6 Metern erreicht wird, zu einem zu Ausgleichszwecken dienenden Wasserbehälter und von dort in das mit Turbinen von 1400 PS. ausgerüstete Krafthaus. Nach den auf Grund 7½-jähriger Wassermessungen erfolgten Berechnungen ist auf eine Jahresleistung von 4 Mill. Kilowatt zu rechnen. Die Kosten des Werkes sind auf 12½ Millionen veranschlagt, die Kosten für eine Kilowattstunde wurden auf 55 Pfennig (in 25 Jahren noch 15 Pf.) berechnet. Da eine 4½-prozentige jährliche Tilgung vorgesehen ist, würde das ganze Werk nach 20 Jahren frei sein. Der von dem Werk gelieferte Strom soll vom Staat abgenommen und nur im Kreise Rosbach verwendet werden.

Nach einem bei derselben Gelegenheit erstatteten Gutachten von Geh. Oberbaudirektor Rehbod, würde das Werk in Wirtschaftlichkeit noch mehr Strom liefern, da die tatsächlichen Grundlagen noch wesentlich günstiger sind, als in den Berechnungen angenommen wurde, so daß die Stromerzeugungskosten nur auf 40 bis 45 Pfennig zu stehen kämen. Was in ganz besonderem Maße für das Hierprojekt spricht, ist die Versicherung Prof. Rehbods, daß bei keinem der vielen Entwürfe, die er in der letzten Zeit zu begutachten hatte, die Rentabilität so sicher gewesen sei, wie in diesem Fall. Nach alledem ist wohl nicht zu bezweifeln, daß die am 11. d. Mts. in Rosbach stattfindende Kreisversammlung die für den Bau des Werkes erforderlichen Mittel bewilligen wird. Im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes wäre die baldige Verwirklichung des Projektes jedenfalls willkommen zu heißen.

### Ein weiterer Talsperrenbau.

Das große Staubecken über den Triberger Wasserfall — hat kürzlich den Bürgerausschuß in Triberg beschäftigt. Dieses auf der Gemarkung Schönwald zu errichtende Staubecken soll nicht weniger als 5 000 000 Kubikmeter Wasser fassen. Dazu kommt noch ein Ausgleichsbecken oberhalb Hornberg. Bevor jedoch an die Ausführung herangetreten werden kann, muß erst festgestellt werden, ob der Untergrund sich zur Aufsetzung der Staumauer eignet. Die Kosten für die dazu notwendigen Bohrungen dürften sich auf etwa 150 000 M. stellen und müssen durch die an dem Projekt interessierten Gemeinden, die industriellen Wasseranleger und andere Interessenten aufgebracht werden. Die Ausgabe ist hoch, wird sich aber für die Beteiligten reichlich lohnen, wenn die Versuche einen günstigen Befund ergeben.

### Wohnungsnotbekämpfung in Mannheim.

Wir haben seinerzeit in der „Karlsruher Zeitung“ über die Anregung des Stadtdirektors Platz berichtet, eine Gesellschaft zu errichten, an der vor allem die Mannheimer Industriefirmen beteiligt sein sollen und deren Zweck die Erstellung von Wohnhausneubauten wäre, wobei den betreffenden Firmen die Überlassung einer entsprechenden Anzahl von Wohnungen für ihre Arbeiter und Angestellten gesichert sein sollte. In Verfolg dieser Anregungen ist nun dieser Tage die Gründung der „Gemeinnützigen Mannheimer Baugesellschaft m. b. H.“ erfolgt, an der sich eine Reihe großer Industrie- und Bankunternehmungen beteiligen, während von anderen Firmen der Gesellschaft erhebliche freiwillige Zuwendungen in Aussicht gestellt wurden. Die Verzinsung und Tilgung der Baukosten, soweit sie nicht durch die Grundmiete und durch etwaige Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln gesichert ist, wird von den Gesellschaftern auf eine längere Reihe von Jahren garantiert. Übrigens können sich als Gesellschafter außer Arbeitgebern auch Private beteiligen, welche bereit und in der Lage sind — eventuell unter Zuhilfenahme öffentlicher Zuschüsse — eine solche Garantie für die von ihnen gewünschte Wohnung zu bieten. Sämtliche beteiligten Parteien verzichten bei der Transaktion nicht nur auf Gewinn, sondern nehmen im Interesse der Sache auch erhebliche Opfer auf sich. Die technischen Vorarbeiten für das Unternehmen sind seit einiger Zeit im Gange, so daß mit den Bauarbeiten voraussichtlich in Bälde begonnen werden kann. Angesichts der Fortdauer der Wohnungsnot darf man die auf dem Gedanken der Initiative stehende Mannheimer Gründung als eine wertvolle Ergänzung der behördlichen Maßnahmen zur Milderung des Wohnungselends betrachten. Das Unternehmen wird vermutlich auch anderwärts, besonders in Industriestädten, Nachahmung finden.

### Zum Kampf gegen das Schiebertum und die Schleichhändler.

LPD. Konstanz, 31. März. Auf der Fahrt von Offenburg nach Konstanz wurde der Monteur Paul Silberberg unter dem Verdaht verhaftet, daß er Geldschieber sei. Man fand bei ihm 3000 Silberfranken. Es wurde festgestellt, daß er die Absicht hatte, das Geld auszuführen und das Schöffengericht Frankfurt verurteilte ihn, wegen verbotener Ein- und Ausfuhr zu 2 Monaten Gefängnis und 46 000 M. Geldstrafe. Die beschlagnahmten 3000 Silberfranken wurden eingezogen.

### Kurze Nachrichten aus Baden.

#### Eisenbahn-Verkehrsperre.

Die Annahme von Langholzsendungen nach Stationen der Albtalbahn ist bis einschließlich 15. April gesperrt. Nach diesem Zeitpunkt darf von jeder Verladung wöchentlich nur eine Langholzsendung zur Beförderung angenommen werden. Von der Sperrung ausgenommen sind Sendungen nach den vollspurig bedienten Stationen Wujensbach, Etlingen, Solahof und Ehenrot.

Seibelsberg, 1. April. Exemplarische Strafen sprach die Strafkammer gegen 2 berüchtigte Verbrecher aus. Sie verurteilte den Wilhelm Höp zu drei Jahren einem Monat Zuchthaus und den Heinrich Schwind aus Medesheim zu zwei Jahren Gefängnis. Höp und Schwind verübten in Medesheim einen Einbruchdiebstahl, bei dem ihnen Gegenstände im Werte von etwa 7000 M. in die Hände fielen. Als man in festgenommen hatte, verstand es Höp aus dem Amtsgefängnis auszubrechen.

Mannheim, 1. April. Die Handelskammer teilt folgendes mit: In den letzten Tagen wurden wiederholt Befürchtungen geäußert, als ob Mannheim auf Grund der Sanktionen von der Entente besetzt würde. Von einer Absicht der Entente zu einem solchen Vorhaben ist hier nichts bekannt und die Befürchtungen und Forderungen, die daraus gezogen werden, entbehren jeder tatsächlichen Grundlage. Es kann keine Rede davon sein, daß die Mannheimer Industrie wegen dieser Befürchtungen ihren Verpflichtungen nicht nachkommen würde.

LPD. Badenweiler, 31. März. Einen gefährlichen Hochstapler, der längere Zeit hier sein Handwerk trieb, dürfte für einige Zeit unschädlich gemacht worden sein. Im Winter 1919/20 tauchte hier ein angeblicher Dr. Ing. Wittmann auf, der als anscheinend schmerzreicher Mann und ehemaliger Leutnant der Bonner Husaren sich Eingang in die besten Kreise zu verschaffen wußte. Durch einen fingierten Kaufvertrag mit einem Holländer wußte er sich eine größere Geldsumme zu verschaffen. Im bayerischen Allgäu gelang es dann den inzwischen flüchtig gewordenen Hochstapler zu verhaften. Es stellte sich heraus, daß man es mit einem 40 Jahre alten Felix Hellermann aus dem Rheinland — zu tun hatte, der im Jahre 1918 vom Landgericht Köln wegen umfangreicher Betrügereien und Fälschungen zu 6 Jahren Zuchthaus und 15 000 M. Geldstrafe verurteilt worden war. In den Reduktionstaxen öffneten sich auch ihm die Tore des Zuchthaus. Auch auf dem Gebiet der Liebe soll der Schwindler Erfolge gehabt haben. Man erzählt hier, daß er mit nicht weniger als 30 Damen in näheren Beziehungen stand.

### Privat-Pädagogium Karlsruhe

(mit Internat Bismarckstr. 69) Sexta bis Abitur. — Diesen Winter im ganzen von 169 Schülern (auch Mädchen) besucht, beginnt die Anstalt das neue Schuljahr am 6. April. K. 70

